

Konferenz der Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU in den Ländern | Weimar | 7. – 9. Juni 2026

Weimarer Erklärung vom 9. Juni 2026

Die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU in den Ländern haben sich auf ihrer Konferenz in Weimar am 7. bis 9. Juni 2026 zu verschiedenen europapolitischen Themen ausgetauscht. Im Vordergrund standen dabei der 35. Jahrestag der Etablierung des Weimarer Dreiecks als Format einer trilateralen Kooperation zwischen Deutschland, Polen und Frankreich sowie die europäische Kulturpolitik und insbesondere der interkulturelle Dialog als bedeutender Integrationsfaktor des europäischen Einigungsprozesses. Weiteres Thema war die Abstimmung der Länder bei ihrer europapolitischen Strategie. Denn die Fortschreibung und Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens nach 2028 (MFR 2028+), dessen Wirkmächtigkeit in allen Bereichen für die Menschen in der Europäischen Union von prägender und entscheidendster Bedeutung für ihre Zukunft ist, erfordert dabei mit Blick auf die Berücksichtigung der vitalen Kerninteressen der Länder und Regionen bei der künftigen Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik weiterhin unsere gemeinsame, einige und starke Beteiligung und Mitbestimmung.

Die Einheit Europas ist eine Erfolgsgeschichte. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Europäische Union eine gewachsene Wirtschafts- und Wertegemeinschaft. Nie zuvor in der Geschichte erlebten derart weite Teile des Kontinents über acht Jahrzehnte Frieden. Wir können stolz sein, welche Werte und Errungenschaften wir gemeinsam in Europa erreicht haben. Das gegenwärtige Europa stellt eine Rechts- und Wertegemeinschaft dar, die in überragendem Maße die Macht des Stärkeren abschaffte und partnerschaftliche Politik auf Augenhöhe konstituierte.

Für Deutschland und besonders für die Bundesländer und Regionen auf dem Territorium der ehemaligen DDR ist diese Geschichte mit den Erfahrungen zweier Diktaturen, der Friedlichen Revolution von 1989, der Wiedervereinigung 1990 und dem gesellschaftlichen Wandel der 1990er Jahre verbunden. Daraus erwächst Verantwortung auch dafür, die Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn

verlässlich fortzuführen, besonders mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik.

Doch so einzigartig die Erfolgsgeschichte der europäischen Integration ist – selbstverständlich ist ihr Fortgang keineswegs. Gerade heute müssen wir uns auf die Errungenschaften der europäischen Integration besinnen und diese den Anfeindungen durch Rechtspopulisten und EU-Kritikern innerhalb der EU sowie durch äußere EU-Gegner entgegensetzen. Die Herausforderungen, vor denen die Europäische Union steht, sind enorm. Ihre Bewältigung verlangt ein Mehr an Europa. Wir werden die Chance ergreifen und Europa fit machen für Gegenwart und Zukunft sowie Antworten geben, wie wir die europäische Einheit stärken, wie wir die EU handlungsfähiger machen, wie wir die Werte der Europäischen Union verteidigen und wie wir das Wohlstandsversprechen bewahren. Gerade jungen Leuten müssen wir im Rahmen unserer Arbeit kontinuierlich den herausragenden Mehrwert der EU vermitteln, um antieuropäischen Kräften entgegenzuwirken.

So können wir auch in Zukunft dafür sorgen, dass Europa ein strahlendes Zeichen unserer starken, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Wertegemeinschaft bleibt. Daraus resultierend haben die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU in den Ländern folgende Erklärung verfasst:

2026 als Jahr des Weimarer Dreiecks nutzen und europäischen Dialog stärken

Die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU in den Ländern rufen dazu auf, das Jahr 2026 als „Jahr des Weimarer Dreiecks“ zu nutzen und dieses Format einer vertieften trilateralen Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne eines gelebten europäischen Zusammenhalts weiter zu fördern und auszubauen. Das Weimarer Dreieck, gegründet am 28. August 1991 durch die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens, steht seit über drei Jahrzehnten für das geeinte Europa, das aus der Mitte Deutschlands heraus gedacht wird. Vor allem in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung, geopolitischer Spannungen, herausfordernder sicherheits- und verteidigungspolitischer sowie wettbewerblicher Rahmenbedingungen für den Standort Europa ist die hohe aktuelle Bedeutung des Weimarer Dreiecks als Forum für Verständigung, Dialog und Zusammenarbeit in einem sich wandelnden Europa sowie als ein sichtbares Zeichen gemeinsamer

Verantwortung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Zusammenarbeit in Europa hervorzuheben.

Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern bekennen sich dazu, die trilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und Polen gezielt durch konkrete, geeignete Projekte und Maßnahmen zu beleben und weiterzuentwickeln. Dies schließt vor allem auch die Notwendigkeit einer ausreichenden und verlässlichen Mittelausstattung dafür ein. Eine Fortsetzung der Interreg-Programme in den drei Ausrichtungen (grenzüberschreitend, transnational und interregional) auch in der Förderperiode des Mehrjährigen Finanzrahmens 2028+ wird dabei ausdrücklich unterstützt. Insbesondere im Jubiläumsjahr sollen entsprechende Aktivitäten und Projekte verstärkt und im Zusammenwirken mit maßgeblichen Akteuren Veranstaltungsformate entwickelt und unterstützt werden, wie unter anderem auch die Ausrichtung eines Austauschformats auf höchster Ebene. Um das Weimarer Dreieck für die Bevölkerung in den beteiligten Ländern noch stärker erleb- und erfahrbar zu machen, sollen auf Dauer angelegte zivilgesellschaftliche Kooperationen in den Bereichen Jugend, Kultur, Wirtschaft, Sicherheit, Mobilität und Wissenschaft zwischen Deutschland, Frankreich und Polen ausgebaut werden. Regionalen und lokalen Formaten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, da vor allem diese den europäischen Zusammenhalt auf regionaler und kommunaler Ebene stärken und sichtbar machen. Die Rolle des zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements im Jugendaustausch sowie vor allem die Wirkung von Schüleraustauschen sind dabei für die interkulturelle Verständigung junger Europäer und die Förderung europäischer Werte nicht hoch genug zu bewerten. Wir begrüßen die geplante Aufstockung der Finanzmittel für das Austauschprogramm Erasmus+ ausdrücklich, um den Dialog zwischen jungen Menschen auszubauen. Darüber hinaus können dabei eine stärkere Förderung universitärer Forschungsnetzwerke zu den Ursachen autoritärer Wählereinstellung sowie auch eine Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und der EU bei der Regulierung sozialer Medien einen wichtigen Beitrag leisten.

Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern bekennen sich zu einer stärkeren europäischen Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit als Ergänzung zur NATO. Das Weimarer Dreieck soll hierbei eine besondere Verantwortung übernehmen und gemeinsame Initiativen zur Stärkung der

europäischen Verteidigungsfähigkeit, zur Verbesserung militärischer Mobilität sowie zur engeren sicherheitspolitischen Abstimmung fördern. Europa muss in der Lage sein, seine Freiheit, seine Demokratie und seine Interessen wirksam zu schützen.

Im Kontext der Veränderungen der globalen Sicherheitsordnung, insbesondere des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, aber auch angesichts bedrohlicher antidemokratischer und -rechtsstaatlicher Tendenzen innerhalb der EU, halten die Europapolitiker von CDU/CSU den Schutz der Rechtsstaatlichkeit sowie die zukunftsfähige Ausgestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur für eminente Themen im Weimarer Dreieck. Sie stellen sich ausdrücklich hinter den auf der Europaministerkonferenz in Brüssel am 21./22. Mai 2025 gefassten Beschluss zum Weimarer Dreieck.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten ausbauen

Gleichzeitig setzen wir auf die zukünftige enge Zusammenarbeit der Bundesländer mit allen ihren Nachbarstaaten. Dabei wollen wir die besonders langjährigen Erfahrungen aus der freundschaftlichen französisch-deutschen Zusammenarbeit noch intensiver für die Gestaltung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarländern Tschechische Republik und Republik Polen nutzen. Die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in den Begegnungen von Vereinen und Initiativen in den Bereichen Jugend und Senioren, Kultur, Wirtschaft und Forschung sind dafür das Fundament.

Kulturelle Vielfalt und interkulturellen Dialog als Schlüsselemente des europäischen Einigungsgedankens stärken und fördern

Der Erhalt und die Förderung einer lebendigen und fruchtbaren Wechselbeziehung von Pflege des kulturellen Erbes und kultureller Innovation ist eine gesamteuropäische Aufgabe, zu der Bund, Länder und Kommunen ihren Beitrag leisten müssen. Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern verweisen auf die enormen Herausforderungen in der Kulturpolitik, vor denen die EU, Bund, Länder und Kommunen in den kommenden Jahren stehen: Als Stichworte sind der digitale Wandel, der Erhalt der kulturellen Infrastruktur, vielerorts rückläufige Teilnahme an traditionellen Kulturaktivitäten, Umweltbelastungen von Kulturdenkmalen oder neue

Wertschöpfungsketten zu nennen, die allesamt steigende Bedarfe an öffentlichen Mitteln für den Kulturbereich zur Folge haben. Gleichzeitig sehen sie das enorme Potenzial des kulturellen Reichtums und Kulturerbes in Europa, das noch mehr und wirksamer zur Stärkung der europäischen Wertegemeinschaft und Integration genutzt werden soll. Dieser kulturelle Reichtum ist ein untrennbarer und sinnstiftender Bestandteil des kulturellen Gesamterbes von Europa, ein Kernstück des kollektiven Gedächtnisses und der Identität der europäischen Bürger. Darüber hinaus betonen die Sprecher die Bedeutung des Kulturbereichs mit seinen rund 7,8 Millionen Arbeitsplätzen in ganz Europa als wichtigen Wirtschaftsfaktor. Vor allem in Zeiten einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung, eines zunehmenden Nationalbewusstseins, einer nach wie vor existierenden Flüchtlingskrise, einer globalen Bedrohungen und von Kriegen tragen die kulturellen Gemeinsamkeiten als auch die kulturelle Vielfalt in Europa entscheidend dazu bei, um bestehende Differenzen und Unterschiede zu überbrücken und die Menschen in ganz Europa über eine kulturelle Wertegemeinschaft zu verbinden. Kulturelle Vielfalt kann sich jedoch nur entwickeln, wenn die Vielfalt der Regionen auch weiterhin garantiert ist. Diese Vielfalt der Regionen ist die direkte Entsprechung zur Vielfalt der europäischen Länder und zugleich Säule der europäischen Kulturgemeinschaft.

Vor diesem Hintergrund verständigen sich die Europapolitischen Sprecher auf die Forderung, dass es auch in Zukunft einer ausreichenden und dauerhaften Finanzierung der institutionellen und projektbezogenen Kulturförderung im Bund und in den Ländern bedarf, um die reiche kulturelle Tradition in Deutschland weiter zu pflegen, zu bewahren und fortzuentwickeln. Dabei sind auch die Zusammenarbeit zwischen den Ländern durch länderübergreifende Kooperationen bei Projekten der Pflege des kulturellen Erbes weiter auszubauen und insbesondere Kooperationsverbände zwischen den Kultureinrichtungen zu stärken. Um die Kulturinstitutionen in die Lage zu versetzen, das Potential des kulturellen Erbes zu nutzen und den Erfordernissen der Digitalisierung umfassend Rechnung zu tragen, sprechen sich die Teilnehmer der Tagung für den Ausbau eines zukunftsfähigen digitalen Netzwerkes zwischen den kulturellen Einrichtungen aus. Außerdem soll zum Zwecke einer stärkeren Verbreitung des europäischen Einigungsgedankens insbesondere bei der Jugend ein gesamteuropäisches Geschichtsbewusstsein gefördert werden, indem die Pflege des kulturellen Erbes als Ausdruck einer gesamteuropäischen Entwicklungsgeschichte noch ausgeprägter in den

Schullehrplänen zu verankern ist. Zur Absicherung einer anspruchsvollen Nachwuchsförderung im Bereich der Pflege des kulturellen Erbes muss sich zudem die Ausbildung von qualifizierten und engagierten Künstlern, Denkmalschützern und Architekten europaweit und international an hohen Standards orientieren. Schließlich fordern die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU auch geeignete Maßnahmen und Konzepte zum Erhalt und Schutz des europäischen Kulturgutes, das durch verschiedene Entwicklungen, wie zum Beispiel den Klimawandel oder Kriegseinwirkungen, stark gefährdet ist.

Für eine gemeinsame europapolitische Strategie der Länder

Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich zuallererst mit ihrer Gemeinde, ihrer Region verbunden und sind damit in den deutschen Bundesländern verwurzelt. Somit kommt vor allem auch den deutschen Bundesländern eine entscheidende Bedeutung bei der demokratischen Legitimation europäischer Politik zu. Nur starke Regionen werden den europäischen Einigungsprozess „von unten“ erfolgreich befördern. Daher sprechen sich die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern für eine bürgernahe, partizipative EU-Politik aus, die auch weiterhin den deutschen Kommunen und Ländern in Brüssel eine starke Stimme gibt. Dabei ist es nur legitim, wenn die deutschen Bundesländer jeweils alle Anstrengungen unternehmen, um ihre länderspezifischen Interessen auf europäischer Ebene durchzusetzen. Zu diesem Zweck entwickeln die Länder eigene europapolitische Strategien, die sich auf die für die jeweiligen Länder wichtigen Themen konzentrieren sollen, die konsequent an deren Interessen und Handlungsmöglichkeiten auszurichten sind, und die schließlich die geeigneten Instrumente zur Durchsetzung der vertretenen regionalen Positionen beschreiben sollen. Eine Abstimmung der regionalspezifischen europapolitischen Strategien unter den deutschen Ländern soll deren Position im Sinne einer erfolgreichen Interessenvertretung auf europäischer Ebene stärken sowie einer Steigerung der Europakompetenz dienen.

Gemeinsame Länderinteressen bestehen insbesondere dort, wo europäische Politik unmittelbar in regionale Zuständigkeiten, regionale Entwicklungspfade und lokale Lebenswirklichkeit hineinwirkt. Dies betrifft im besonderen Maße den MFR 2028+, die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik, die ländliche Entwicklung, Interreg, regionale Innovationspolitik– darunter auch die Beiträge der Länder zu einer

europäischen Raumfahrtspolitik –, die Strukturwandelregionen, Grenzräume sowie die Förderbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Daher sollen sich die Länder mit dem Bund auf gemeinsame Überlegungen verständigen: keine Zentralisierung zulasten der Länder, eine stabile, verlässliche und regional zugeschnittene EU-Förderung, die mindestens auf dem aktuellen Förderniveau weiterhin in den Regionen direkt ankommt, Erhalt der regionalen Programmverantwortung, Sicherung eigenständiger Förderinstrumente, faire Berücksichtigung aller Regionentypen und Schutz der Grenzregionen. Die rund 500 Partnerschaftsvereinbarungen mit den Regionen haben sich bewährt und sollen deshalb weitergeführt werden.

Die Sicherung und der Erhalt von regionalen Wirtschaftsstandorten, von Landwirtschaft, Infrastruktur und vor allem Arbeitsplätzen müssen bei allen Entscheidungen in der Europäischen Union und den Regionen im Mittelpunkt stehen.

Gerade in dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation muss eine geeinte und freiheitliche Europäische Union Garant für eine starke Wirtschaft und Menschen in Arbeit sein.

Neben einer intensiveren Abstimmung im Ausschuss der Regionen durch einen verbindlicheren und stärkeren Informations- und Erfahrungsaustausch plädieren die Europapolitischen Sprecher gleichermaßen für einen stärkeren Austausch zwischen den Städten. Zu diesem Zweck soll die EU-Städteagenda in ihren Kompetenzen weiter gestärkt und ihre Arbeit noch verbindlicher gestaltet werden. Die von den Städten in den Partnerschaften erarbeiteten Aktionspläne müssen als Grundlage für neue Rechtsetzungsinitiativen und zur Konzeption von Förderprogrammen der EU dienen. Städte sollen ihre Erfahrungen und Erwartungen in die Arbeit der Städteagenda für die EU einbringen und tatsächlich etwas bewirken können. Lokale Herausforderungen können nur lokal gelöst werden. Die EU-Städteagenda dient nicht als Hebel für neue Zuständigkeiten der EU. Ganz im Gegenteil ist es wichtig, dass das Prinzip der Subsidiarität weiter hochgehalten wird. Sie soll vielmehr zu einem Instrument der gelebten Subsidiarität werden. Die Entwicklung der europäischen Städte liegt in den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten, ihrer Regionen und Kommunen. Die EU hat hier keine eigene Rechtsetzungskompetenz.

Migration und Integration als gesamteuropäische Verpflichtung

Die Europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher von CDU/CSU treten für eine gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik ein, die Humanität und Ordnung miteinander verbindet. Europa braucht einen wirksamen Schutz seiner Außengrenzen, eine konsequente Bekämpfung irregulärer Migration sowie zugleich geordnete und gesteuerte Wege der Fachkräftezuwanderung. Integration gelingt dort, wo gesellschaftlicher Zusammenhalt, Rechtsstaatlichkeit und gemeinsame Werte gestärkt werden.

Für eine faire, transparente und dezentrale Mittelverteilung im Rahmen des MFR 2028+

Ein starkes Europa braucht starke Regionen, transparente Entscheidungsstrukturen, eine faire Mittelverteilung und die Mitspracherechte der Regionen. Soziale und regionale Kohäsion sind Grundpfeiler der europäischen Integration und der europäischen Solidarität. Gleichzeitig leisten starke Regionen einen entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit Europas. Um die Länderinteressen und -chancen im Rahmen der EU-Förderpolitiken zu wahren und angesichts der sich abzeichnenden Möglichkeit, dass die EU-Kommission an ihrem Vorschlag zum MFR 2028+ trotz vieler kritischer Stimmen weiterhin im Wesentlichen festhalten will, bedarf es auf Bundes- und europäischer Ebene gemeinsamer zusätzlicher Kraftanstrengungen und Initiativen mit dem Ziel einer entsprechenden Überarbeitung und Anpassung des künftigen MFR 2028+.

Auch eine EU-Kohäsionspolitik nach 2027 muss weiterhin eine wirksame Förderpolitik mit ausreichenden Ressourcen bleiben, für die mindestens ein Drittel des künftigen EU-Haushalts über Finanzhilfen und -instrumente bereitzustellen ist. Digitale Innovation und Souveränität, nachhaltige und resiliente Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Transformation stellen dabei zentrale Zukunftsaufgaben Europas dar, die nur gemeinsam mit den Regionen erfolgreich bewältigt werden können. Eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Energieversorgung bleibt hierfür ebenso Grundvoraussetzung wie verlässliche europäische Förderstrukturen. Allerdings Grundlage dafür und letztendlich auch für den Erfolg der Europäischen Idee sind

stabile Finanzen sowohl der EU-Mitgliedsstaaten als auch der EU insgesamt. Eine weitere institutionelle Verselbständigung der EU-Finanzpolitik ohne parlamentarische Verantwortlichkeit, eine gemeinsame Schuldenaufnahme der EU-Mitgliedsstaaten bzw. eine Vergemeinschaftung von Schulden, die von der EU-Kommission vorgeschlagene deutliche Erhöhung des EU-Haushalts auf der Basis neuer Abgaben und Steuern sind dagegen keine solide Grundlage für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik und gefährden die dauerhafte Stabilisierung der Euro-Zone, was wiederum zu einer Schwächung der EU-Förderpolitik führt. Vielmehr halten die Europapolitischen Sprecher eine Identifizierung und Hebung von Einsparpotentialen im EU-Haushalt u. a. durch den Abbau bürokratischer Hemmnisse und von Überregulierung für zielführend. Die Koppelung von EU-Fördermitteln an die Einhaltung der Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit in Europa ist konsequent umzusetzen. Vor allem aber sind ein regionaler bzw. ortsbezogener Ansatz, das Mehrebenensystem, das Partnerschaftsprinzip sowie die geteilte Mittelverwaltung als Eckpfeiler des europäischen Haushalts unbedingt zu erhalten. Subsidiarität und regionale Verantwortung stärken die Akzeptanz europäischer Politik und gewährleisten, dass Fördermittel zielgerichtet und bedarfsgerecht eingesetzt werden. Der vorliegende Entwurf für einen MFR 2028+ stößt bei den Europapolitischen Sprechern von CDU/CSU auf erhebliche Kritik und hat insbesondere für die deutschen Bundesländer negative Auswirkungen hinsichtlich einer Partizipation an der EU-Kohäsions- und Regionalförderung. Durch die vorgesehene Zusammenlegung und Verschmelzung der bisherigen Strukturfonds und der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Zentralisierung und Renationalisierung des Systems der Kohäsions- und Regionalförderung würde nicht nur die Mitsprache der Länder bei der Ausgestaltung und Verwendung der EU-Fördermittel zurückgedrängt, sondern ist auch mit erheblichen Kürzungen der für die Länder bisher bestimmten Mittel für die Landwirtschaft, den ländlichen Raum und die Strukturförderung zu rechnen. Daher bedarf es auch künftig eigenständiger Förderinstrumente, verlässlicher Finanzierungsstrukturen und einer starken Beteiligung der Regionen an Planung und Umsetzung europäischer Förderpolitik.

Eine Kürzung hätte insbesondere für diejenigen Länder erhebliche Folgen, die nach der Friedlichen Revolution von 1989 ab 1990 vor enormen wirtschaftlichen, infrastrukturellen und strukturellen Herausforderungen standen und deren Aufbau

wirtschaftlich stabiler Regionen wesentlich auch durch regional passende EU-Förderung unterstützt aber noch nicht nachhaltig abgeschlossen wurde. Diese dramatischen Einschnitte können wir nicht akzeptieren.

Der Abbau der Folgen der Misswirtschaft der ehemaligen DDR, die Modernisierung von Infrastruktur, die Stärkung von Bildung und Weiterbildung, die Förderung von Unternehmen, Landwirtschaft und Kommunen sowie die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Mittelstand und Handwerk sind eine Erfolgsgeschichte europäischer Kohäsionspolitik, die noch nicht abgeschlossen ist. Und deshalb darf der Aufholprozess nicht gefährdet werden. Länder, die bis heute Nachwirkungen der Planwirtschaft spüren und im Wettbewerb mit anderen Bundesländern sowie innerhalb der Europäischen Union besondere wirtschaftliche und strukturelle Herausforderungen bewältigen müssen, benötigen weiterhin eine stabile, verlässliche und regional zugeschnittene EU-Förderung mindestens auf dem aktuellen Förderniveau.

Die Europapolitischen Sprecher von CDU/CSU in den Ländern verständigen sich in Ansehung der aktuellen weltweiten Herausforderungen und im Geiste der Mütter und Väter des Gedankens einer Europäischen Union der regionalen Vielfalt auf sieben gemeinsame Grundsätze:

Erstens: Kohäsion bleibt Kern europäischer Politik.

Sie muss auch im MFR 2028+ ein eigenständiges, starkes und sichtbares Investitionsinstrument bleiben.

Zweitens: Keine Zentralisierung zulasten der Regionen.

Europäische Fördermittel müssen weiterhin regional geplant, partnerschaftlich umgesetzt und in geteilter Mittelverwaltung verantwortet werden.

Drittens: Subsidiarität und Länderrechte gemeinsam mit europäischen Partnern sichern.

Der Bund muss die Länder in allen Phasen der MFR-Verhandlungen wirksam beteiligen. Entscheidungen über regionale Förderung gehören weiterhin dorthin, wo Sachnähe, Ortskenntnis und politische Verantwortung liegen: in die Länder und Regionen. Gemeinsam mit den europäischen Partnern, dem Europäischen Parlament und dem Ausschuss der Regionen ist sicherzustellen, dass föderale und regionale Mitwirkungsrechte im MFR 2028+ nicht geschwächt, sondern verbindlich abgesichert werden.

Viertens: Eigenständige Förderinstrumente erhalten.

EFRE, ESF+, JTF, ELER, Interreg und die Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik müssen in Zielsetzung, Mittelausstattung und Steuerung klar erkennbar bleiben. Vereinfachung ist richtig; Entdifferenzierung ist falsch.

Fünftens: Alle Regionen fair berücksichtigen.

Das System der drei Regionenkategorien muss erhalten bleiben. Übergangsregionen, ländliche Räume, Kohleregionen, Industrie- und Automobilregionen sowie finanzschwächere Räume brauchen verlässliche Unterstützung. Eine stabile, verlässliche und regional zugeschnittene EU-Förderung muss daher mindestens auf dem aktuellen Förderniveau ausgebaut werden.

Sechstens: KMU, ländliche Räume und Landwirtschaft sowie kritische Infrastruktur besonders schützen.

Der künftige EU-Haushalt muss Mittelstand, Handwerk, regionale Wertschöpfung, Landwirtschaft, ländliche Räume, Kommunen und LEADER verlässlich erreichen. Neue Prioritäten wie Sicherheit, Verteidigung und Ukraine-Unterstützung dürfen nicht zulasten von Kohäsion, Agrarpolitik und ländlicher Entwicklung finanziert werden. Eine Verschiebung von im Entwurf vorgesehenen Mittel in Höhe von mindestens 100 Milliarden Euro in diesen Bereich sind entscheidend. Denn diese EU-Fördermittel sind strategisch als entscheidender Eckpfeiler bei der Verwebung der KMU mit den „Big Playern“ der europäischen Wirtschaft. Die Fördermittel sichern regionale Wirtschaftsstandorte, Arbeitsplätze, eine langfristig breite und nachhaltige Aufstellung der EU-Wirtschaft und damit deren Resilienz gegenüber Wettbewerbern weltweit.

Siebtens: Grenzregionen und europäische Zusammenarbeit stärken.

„Interreg“ und die „Europäische Territoriale Zusammenarbeit“ (ETZ) müssen eigenständig, finanziell gesichert und vereinfacht fortgeführt werden. Grenzüberschreitende Infrastruktur, Daseinsvorsorge, Begegnungsprojekte, Sprachförderung, Mobilität, Sicherheit, Wirtschaftskooperation und regionale Vernetzung müssen im neuen MFR 2028+ gestärkt werden.

Achtens: Die Resilienz der Europäischen Union stärken.

In einer zunehmend vernetzten Welt haben geopolitische und internationale Entwicklungen und Ereignisse zunehmend Einfluss auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Prozesse. Um die Resilienz der Europäischen Union zu stärken, sind die Förderung der politischen Bildung der Bevölkerung, die Identifizierung und

Reduktion von Abhängigkeiten sowie die Stärkung der Innovations- und Verteidigungsfähigkeit unabdingbar.

Nur eine starke und einigte Europäische Union ist technologisch, wirtschaftlich und sozial in der Lage, weltweit auf Augenhöhe zu handeln. Europäische Souveränität, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft sind zentrale Voraussetzungen für die Fortschreibung der europäischen Erfolgsgeschichte, die auf den Prinzipien von Frieden, Freiheit und Sicherheit fußt.